

Der Religionsunterricht wird nicht abgeschafft!

Der Vorstand der freien Bürgerbewegung ProDG hat sich mit dem Vorschlag der PFF befasst, den Religionsunterricht in der DG durch einen Werteunterricht zu ersetzen, und bezieht dazu wie folgt Stellung:

ProDG weist darauf hin, dass diese Debatte rein theoretischer Natur ist, weil die DG gar nicht über die Befugnis verfügt, den Vorschlag der PFF zu verwirklichen. Das Recht eines jeden Menschen auf einen Religionsunterricht ist in der belgischen Verfassung fest verankert.

Es ist den Gemeinschaften verfassungsrechtlich verboten, den Religionsunterricht abzuschaffen oder durch einen anderen Unterricht zu ersetzen.

Das sogenannte « Luxemburger Modell » ist mit der belgischen Verfassung nicht vereinbar und folglich nicht umsetzbar.

ProDG erinnert daran, dass jede Schülerin und jeder Schüler beziehungsweise deren Eltern bereits heute das Recht haben, sich anstelle des Religionsunterrichts für einen Ethikunterricht zu entscheiden. Auch dieses Recht ist in der belgischen Verfassung verankert. Niemand wird verpflichtet, einem Religionsunterricht zu folgen. Der Ethikunterricht kann Schülerinnen und Schülern eine Orientierungshilfe geben und einen Beitrag zur freien Persönlichkeitsentwicklung leisten – ohne dabei einer spezifischen Glaubensrichtung anzugehören.

ProDG teilt die Auffassung, dass man noch mehr für die politische Bildung (Bürgerkunde) tun muss und begrüßt die von Unterrichtsminister Mollers auf den Weg gebrachten konkreten Initiativen. Politische Bildung muss in allen Unterrichten und in allen Schulen stattfinden - vom ersten bis zum letzten Schuljahr. Politische Bildung kann man sehr wohl fördern ohne dabei den Religionsunterricht abzuschaffen.

Statt sich mit einer Abschaffung des Religionsunterrichts zu beschäftigen, empfiehlt ProDG, mit den zuständigen Kultusträgern über eine weitere Modernisierung und Öffnung der Religionsunterrichte zu diskutieren.

Es ist im Religionsunterricht sehr wohl möglich, grundlegende Werte zu vermitteln und sowohl interkulturelle als auch interkonfessionelle Ansätze zu verfolgen.

Der Religionsunterricht hat sich in den letzten Jahren bereits in diese Richtung entwickelt. Daran muss in einem breiten und offenen Dialog weiter gearbeitet werden.

Gleichzeitig ist es aus Sicht von ProDG notwendig, sich mit der Organisierbarkeit der Religionsunterrichte zu beschäftigen und gemeinsam mit den Schulen nach Lösungen für immer wieder auftretende Organisationsschwierigkeiten, vor allem in kleineren Schulen, zu suchen.

ProDG warnt davor, die Diskussion über den Religionsunterricht aus einer einengenden ideologischen Perspektive zu führen. Das habe es in Belgien in den 1950er Jahren schon einmal gegeben und könne am Ende zu Konflikten zwischen Schulen führen, die niemandem dienen.

Abschließend unterstützt der ProDG-Vorstand die öffentliche Stellungnahme seines zuständigen Bildungsministers Harald Mollers zu diesem Thema.

Für ProDG ist klar: Der Religionsunterricht wird nicht abgeschafft!

Der ProDG-Vorstand